

initiative die katholische Kirche als gesellschaftlich relevante Institution geschwächt werden sollte. Die Regierung begründete die Rücknahme des Entwurfs mit dem unerwartet starken Wider-

stand der betroffenen Einrichtungen und der Tatsache, daß der zweite, von einer gemischten Parlamentskommission erarbeitete Entwurf die Regierungsvorlage verwässert habe.

## Personen und Ereignisse

In Eisenach starb 86jährig der Alt-Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen, *Moritz Mitzenheim*: Träger hoher staatlicher Auszeichnungen der DDR, gehörte während der Zeit des Dritten Reiches der „Lutherischen Bekenntnisgemeinschaft“ an, stand in strikter Opposition zu den „deutschen Christen“, wurde 1945 Landesbischof von Thüringen und suchte als Kirchenführer den Ausgleich mit dem SED-Regime. Er hielt immer wieder persönlichen Kontakt zur staatlichen Seite. Zu den aufsehenerregendsten dieser Kontakte gehörte sein „Wartburg-Gespräch“ 1966 mit Walter Ulbricht. Mit darauf zurückzuführen war die Erlaubnis für Besuchsreisen von Rentnern aus der DDR in die Bundesrepublik und ins westliche Ausland. In einem Nachruf stellte der Westberliner Alt-Bischof Kurt Scharf fest, Mitzenheim sei zwar „wegen seiner Verständigungsbereitschaft gegenüber dem Staat sowohl unter leitenden Kirchenmännern wie in der Pfarrerschaft nicht unumstritten“ gewesen, doch sei es ihm weniger um Kirchenpolitik als darum gegangen, „lebendige Gemeinden zustande zu bringen sowie eine lebensfähige Kirche zu erhalten“.

Als Nachfolger des aus Altersgründen zurückgetretenen Bischofs von Sitten (Wallis) und zeitweiligen Vorsitzenden der Schweizer Bischofskonferenz, den gebürtigen Aostaner *Nestor Adam*, wurde der 45jährige Gymnasialdirektor und Internatsleiter *Henri Schwery*. Schwery hat neben der Theologie auch Naturwissenschaften studiert.

Zum Nachfolger des zurückgetretenen Kardinals Michele Pellegrino (74) als Erzbischof von Turin wurde der bisherige Erzbischof von Bari (seit Februar 1974), *Anastasio Alberto Ballestrero* (64), genannt. Ballestrero (geboren in Genua als Sohn piemontesischer Eltern) ist Unbeschuhter Karmeliter. Er war über viele Jahre Professor für Dogmatik und von 1958 bis 1967 Generaloberer seines Ordens. In dieser Eigenschaft nahm er am Zweiten Vatikanum teil und war dort Mitglied der Theologischen Kommission.

Am 13. August starb der Erzbischof von Posen, *Antoni Baraniak*. Baraniak, der bereits längere Zeit krank war, während der stalinistischen Ära längere Zeit Sekretär von Kardinal Wyszyński. Er wurde 1954 in einem Geheimverfahren zu 12 Jahren Haft verurteilt, 1956 aber zugleich mit Kardinal Wyszyński aus der Haft entlassen und im Jahr darauf, 1957, zum Erzbischof von Posen ernannt. Baraniak, theologisch stark von konservativem Denken geprägt, war um Aussöhnung mit dem Nachkriegsdeutschland bemüht. Er besuchte 1973 als erster polnischer Diözesanbischof die Bundesrepublik.

Zur nationalen Verantwortung der Gläubigen hat Kardinal *Stefan Wyszyński* anlässlich der Feier zu Mariä Himmelfahrt in Tschestochau aufgerufen. Der Kardinal wandte sich an die zahlreich anwe-

sende Jugend und machte beispielsweise die Landflucht vieler Jugendlicher dafür verantwortlich, daß es in der Landwirtschaft an Arbeitskräften fehle und deswegen und zusätzlich bedingt durch das schlechte Jahresklima auf vielen Feldern das Getreide verderben müsse.

Der frühere Erzbischof von Canterbury und Primas der Anglikaner, *Michael Ramsey*, hat jüngst mehrfach eine Kirchengemeinschaft zwischen der römisch-katholischen Kirche und der anglikanischen Gemeinschaft unter dem Vorsitz des Papstes vorgeschlagen. Als er anlässlich einer Australienreise Mitte August in Melbourne die Forderung wiederholte, stieß er bei den australischen Anglikanern auf heftige Kritik. Man sprach von „Ausverkauf“ an Rom. Ramsey rechtfertigte sich indessen mit dem Hinweis, er habe damit keineswegs den dogmatischen Primat des Papstes und dessen Unfehlbarkeit anerkennen wollen. Der Papst sollte aber „präsidierender Bischof“ einer solchen Kirchengemeinschaft sein.

Gegen Gewalt als Mittel zur Beseitigung der Diktatur von General *Idi Amin Dada* in Uganda hat sich der geflüchtete anglikanische Erzbischof *Festo Kiwengere* ausgesprochen. Er vertrat die Auffassung, daß Christen eine Änderung der Verhältnisse auf andere Weise anstreben müßten: durch Gebet und immer neue Vorsprache bei den Verantwortlichen, auch wenn dies Gefahren mit sich bringe. Die Zahl der seit der Machtübernahme Amins 1971 ermordeten Menschen könne bei 50000 oder auch höher liegen. Das Gesetz in Uganda sei heute das Gesetz des Gewehres, fügte er hinzu.

Unwissenheit und mangelnde Kommunikation hat der neue Generaldirektor des Südafrikanischen Kirchenrates, *John Thorne*, als ein Haupthindernis für die Lösung des Rassenproblems in Südafrika bezeichnet. Aufgrund ihrer Isolation durch die Apartheid-Gesetze und der einseitigen Information durch die Regierung hätten die weißen Südafrikaner es schwer, sich ein Bild von den wirklichen Verhältnissen in ihrem Land zu machen. Die Schwarzen trügen eine große Verantwortung für die Unterrichtung und Erziehung der Weißen. Dies könne nur innerhalb der Kirche geschehen.

Der seit März 1975 verschollene katholische Weihbischof von Saigon, *François Xavier Nguyen Van Thuan*, ist nach zuverlässigen Informationen aus Vietnam von den Behörden des Landes in den Norden verschleppt worden. Den Informationen zufolge befindet er sich dort nach wie vor in Haft. Damit ist erstmals wieder ein Lebenszeichen von ihm aufgetaucht. Seit März 1975 war es nicht gelungen, etwas über sein Schicksal in Erfahrung zu bringen. Besonders die katholischen Bischöfe Australiens hatten sich für eine Aufklärung des Falles eingesetzt und sich bei ihrer Regierung für ihn verwendet.

Ein Sozialhilfe-Programm, das „allen Amerikanern ein angemessenes jährliches Mindesteinkommen garantiert und auf die Würde und Integrität jedes einzelnen Menschen Rücksicht nimmt“, haben 19 amerikanische Kirchenführer in einem Brief an Präsident *Jimmy Carter* gefordert. Die von Carter dem Kongreß vorgelegten Vorschläge für eine Sozialhilfe-Reform enthalten nach Ansicht der Unterzeichner zwar „konstruktive Aspekte“. Diese würden jedoch weitgehend durch die Regelung hinfällig, daß das Programm aus denselben Geldern finanziert werden soll wie jetzt u. a. Lebensmittelmarken und Wohnbeihilfen, was im Grunde nicht auf eine Steigerung, sondern auf eine Umverteilung hinauslaufe. Unterzeichnet haben u. a. der Präsident des Nationalrates der Kirchen, *William P. Thompson*, der Generalsekretär der Amerikanischen Baptistischen Kirchen, *Robert C. Campbell*, und *Robert J. Marshall*, Präsident der Lutherischen Kirche in Amerika. Von katholischer Seite war dagegen in ersten vorsichtigen Kommentaren von „ermutigenden Ansätzen“ die Rede, deren Ausformung allerdings erst noch abgewartet werden müsse.

Der Präsident der US-Bischofskonferenz, *Joseph L. Bernardin* von Cincinnati, appellierte an die Regierung Carter, „zu praktizieren, was sie predigt“, indem sie ihre „Menschenrechts-Außenpolitik“ auf die Ungeborenen und Alten im Lande ausdehnt. Wenn das Recht auf Leben verletzt werde, dann sei die Diskussion über andere Rechte unglaublich und sogar zynisch.

Kritik an den sozialen Gegensätzen zwischen arm und reich in Chile hatte der Erzbischof von Santiago, Kardinal *Paul Silva Henríquez*, anlässlich einer Gedenkfeier des vor zehn Jahren verstorbenen Kardinals Josef Cardijn, des Gründers der Katholischen Arbeiterjugend (CAJ), geübt. Zugleich begründete er das Recht der Kirche, zu wirtschaftlichen und sozialen Fragen Stellung zu nehmen. Christus, so der chilenische Kardinal, sei nicht auf die Erde gekommen, „um die Menschen sich wie Raubtiere zerfleischen zu lassen und ihnen nach diesem Leben den Himmel zu versprechen“. Es sei eine Lüge, daß die Mission der Kirche nicht auch in den weltlichen Bereich gehöre. Ziel des Christentums sei es, eine Gesellschaft von Brüdern zu bauen, in der die Rechte aller respektiert würden.

Unter Hinweis auf die biblisch begründete Diskretion bei Spenden für religiöse Zwecke (Matth. 6, 1–14) hat der amerikanische Evangelist und Volksmissionar *Billy Graham* jetzt die angeblich geheime Existenz einer eigenen Investmentgesellschaft begründet. Auch habe er über die mit rund 23 Millionen Dollar ausgestattete „Stiftung für Weltmission und christliche Erziehung“ öffentlich „noch nicht“ reden wollen, weil sonst vermutlich mehr Bittgesuche gestellt würden als befriedigt werden könnten. Graham antwortete damit auf einen Angriff von „Christianity Today“.